

USA setzen Russland Ultimatum

Die Nato-Außenminister beraten über das drohende Aus des INF-Abrüstungsvertrags.

Von Ansgar Haase

Brüssel. Die USA setzen Russland ein Ultimatum von 60 Tagen, um die Zerstörung von neuen Marschflugkörpern zuzusagen. Die Waffen vom Typ SSC-8 stellen einen klaren Bruch des INF-Vertrags zum Verzicht auf atomare Mittelstreckengewaffen dar, sagte US-Außenminister Mike Pompeo am Dienstag nach Beratungen mit den Kollegen der anderen Nato-Staaten in Brüssel. Wenn Russland den Vertrag verletze, ergebe es für die USA keinen Sinn mehr, im Vertrag zu bleiben. Demnach könnten die USA theoretisch bereits in 60 Tagen ihrerseits neue atomare Mittelstreckensysteme bauen und stationieren.

In Moskau wurden die Vorwürfe erneut zurückgewiesen. Russland halte sich

strikt an die Bestimmungen des Vertrags. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wladimir Schamnow, übe zudem scharfe Kritik an der Frist. „Russland ist kein Land, dem man ein Ultimatum stellt“, sagte er. Man werde nicht auf die Anschuldigungen antworten.

Die USA hatten sich kurz vor Pompeos Ankündigung die Unterstützung der Nato-Partner zusichern lassen. Die Außenminister stimmten bei dem Treffen in Brüssel einer Stellungnahme zu, in der Russland von der Nato erstmals einschränkungslos vorgeworfen wird, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen. Man rufe Russland auf, sofort und nachweisbar wieder volle Vertragstreue herzustellen, kommentierte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Friedensgespräche für den Jemen

Hoffnung auf Ende des Bürgerkriegs

Sanaa/Stockholm. Millionen notleidende Menschen im Bürgerkriegsland Jemen hoffen auf ein Ende ihres Martyriums. Eine Delegation der Huthi-Rebellen flog am Dienstagmorgen aus der Hauptstadt Sanaa zusammen mit UN-Vermittler Martin Griffiths zu Friedensgesprächen nach Stockholm, wie Huthi-Sprecher Mohammed Abdul Salam bestätigte. Die Vereinten Nationen bezeichnen die Situation im bitterarmen Jemen als derzeit schwerste humanitäre

Krise der Welt. Zwölf Millionen Menschen stehen nach UN-Angaben vor einer Hungersnot, alle elf Minuten stirbt ein Kind.

Man wolle die Konsultationen mit der international anerkannten Regierung des Krisenstaates in Schweden zu einem Erfolg machen, teilte der Sprecher mit. „Unsere Hände sind zum Frieden ausgestreckt“. Eine offizielle Ankündigung der Vereinten Nationen zum genauen Beginn gab es zunächst aber nicht. *dpa*

Klimawandel trifft die Ärmsten



Stürme, Starkregen, Hitze und Dürre treffen Entwicklungsländer besonders hart. Unter den zehn Staaten mit den größten Extremwitterschäden waren in den vergangenen 20 Jahren acht Entwicklungsländer mit niedrigem oder niedrigem mittlerem Einkommen. Das zeigt der Klima-Risiko-Index, den die Entwicklungsorganisation Germanwatch am Dienstag auf der Weltklimakonferenz in polnischen Kattowitz vorstellte. Puerto Rico, Honduras und Myanmar stehen im Rückblick auf die Jahre 1998 bis 2017 an der Spitze der am stärksten betroffenen Länder – gefolgt von Haiti, den Philippinen, Nicaragua, Bangladesch, Pakistan, Vietnam und Dominica. *FOTO DPA*

Rüstungsexporte gehen indirekt weiter

München. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall beliefert Saudi-Arabien einem Medienbericht zufolge trotz eines deutschen Exportstopps weiter mit Munition. Wie der „Stern“ und das ARD-Magazin „Report München“ am Dienstag vorab berichteten, erfolgt die Belieferung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika. Rheinmetall-Vorstand Helmut Merch sagte dem Bericht zufolge Mitte No-

vember, von dem jüngsten deutschen Exportstopp seien diese Lieferungen „nicht betroffen“. Er bezifferte den Wert der jährlichen Munitionslieferungen demnach auf über hundert Millionen Euro. Nach den Recherchen von „Stern“ und „Report München“ bewirbt ein Joint Venture, das Rheinmetall in Südafrika betreibt, einige Produkte für ihre – so wörtlich – „außergewöhnliche Tödllichkeit“. *AFP*



Mit Fahnen und Transparenten demonstrierten im Frühjahr 1997 rund 10.000 Bergarbeiter, hauptsächlich aus dem Saarland, vor dem Bonner Kunstmuseum gegen die Kohlepolitik der Bundesregierung. *FOTO DPA*

Der lange Kampf der Kumpel

BOCHUM. Mit dem Bergbau endet auch die Bergarbeiterbewegung. Eine bewegte Geschichte, die einen ihrer Ursprünge auch in Dortmund hatte.



Der Dortmunder Zechenarbeiter Fritz Bunte war einer von drei einfachen Bergleuten aus dem Ruhrgebiet, die 1889 bis zum Kaiser gingen, um ihre Rechte einzufordern. Sie scheiterten, doch es folgte eine wichtige Erkenntnis. Über den Kampf der Bergarbeiter-schaft um soziale Absicherung sprachen Ilka Bärwald und Benjamin Legrand mit Wolfgang Jäger (kl. Foto), Historiker am Institut für Soziale Bewegungen in Bochum und langjähriger Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Untersten beim Obersten. Wie muss man sich diese Audienz vorstellen?

Die Überraschung war ja, dass der gerade neu ins Amt gekommene Wilhelm II. die Bergleute in Berlin überhaupt empfangen hat. Die Unternehmer waren ja nicht bereit gewesen, mit den Delegierten des großen Bergarbeiterstreiks zu verhandeln. Nach einer Überlieferung soll Wilhelm in etwa gesagt haben: Ihr seid vertragsbrüchig geworden, habt einfach Eure Arbeit niedergelegt, das geht nicht. Aber ich kann Euer Anliegen verstehen und ich will ein Wort für Euch einlegen. Daraufhin hat auf Druck des Kaisers der Vorsitzende des Zechenverbandes aus Essen Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Doch dann wurde er vom Zechenverband abgesetzt. Das war die Antwort der Kohle- und Schlotbarone an der Ruhr.

Dieser Streik endet ohne ein Ergebnis?

Ja, aber es begann dadurch ein Erkenntnisprozess, dass man die gemeinsamen Interessen der Bergleute nur durch einen Zusammenschluss durchsetzen kann. Das ist die berühmte Gewerkschaftsgründung am 18.8.1889 in Dortmund. Sozialdemokratische und christliche-soziale Bergarbeiter gründeten gemeinsam den „Alten Verband“.

Wie groß waren die Unterschiede?

Der Alte Verband – ich sage es mit unseren modernen Worten – war zu Beginn eine Einheitsgewerkschaft. Sie umfasste – unter dem Eindruck der Niederlage im Streik – viele, nicht weltanschaulich gebundene Bergarbeiter, aber auch eben sozialdemokratische und christlich-soziale.

Wenn man sich das Ruhrgebiet anschaut, dann war im westlichen Teil des Landkreises Dortmund ein Schwerpunkt der frühen Sozialdemokratie. In Essen, besonders im Westen, haben wir eine ganz andere Bergarbeiterbewegung – die christliche Bergarbeiterbewegung. Aber die Zusammenarbeit klappte nicht. 1894 wurde dann der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in Essen gegründet. Die Bergarbeiterschaft war organisatorisch getrennt.

Gab es immerhin gemeinsame Ziele?

Es ging vor allem um einen auskömmlichen Lohn, vernünftige Arbeitsbedingungen, aber auch darum, dass man vernünftig behandelt werden wollte. Ein Stichwort ist ‚Gruben-Militarismus‘. Man muss sich die Arbeitsbedingungen im Bergbau lange wie beim Militär zu dessen schlimmsten Zeiten vorstellen. Befehl und Gehorsam. Wer nicht gehorchte, wurde verprügelt. Der Steiger hat mit seinem Häckel auch mal zugeschlagen. Auf der anderen Seite gibt es Geschichten, dass ein Steiger im Blindschacht verschwunden sein soll.

Aber der Mythos beschwört den starken Zusammenhalt unter den Bergleuten, die große Solidarität unter Tage. Über Tage sah das dann anders aus?

Wenn die Bergleute unter Tage sind, unter dieser Gefahr des Berges über ihnen, dann müssen sie sich aufeinander verlassen können. Das geht nicht anders. Aber wenn sie aus dem Bergwerk raus sind – dann konnten sie schon unterschiedlicher Meinung sein. Ich will es mal so formulieren: Die sozialdemokratischen Bergarbeiter aus Dortmund, sie hatten ihre eigene Lebenswelt. Genauso wie die

christlichen Bergarbeiter, für die die religiöse Bindung sehr wichtig war. Aber nach der Novemberrevolution 1918 waren beide Gewerkschaften endlich als Tarifpartner anerkannt.

Welche handfesten Erfolge hatten die Gewerkschaften für die Bergleute vom Kaiserreich bis in die 20er-Jahre schon erreicht?

Im Kaiserreich nichts. Es gab überhaupt keine Verhandlungen. Das ist schon exzeptionell. Nach 1918 ging es los mit den Tarifverhandlungen. Es wird die Schichtzeit unterhalb Stunden verkürzt,



schließlich auch zunächst auf sieben Stunden. Es gab eine gewisse Lohnentwicklung. Das war auch sehr nützlich. 1919 wurde der erste bezahlte Urlaub eingeführt: Vier Tage nur, aber bezahlt! Vieles andere, was die Bergarbeiter bekommen haben, haben sie nicht von den Unternehmen bekommen, sondern vom Staat. Betriebsräte sind durch ein staatliches Gesetz geschaffen worden. Auch die Arbeitszeitverkürzungen gelangen nur durch den Einfluss der Weimarer Reichsregierung.

Unterschiedliche Gewerkschaften, unterschiedliche Milieus, ein weiter Weg bis zur Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie verlief der Weg?

Heute sprechen die Soziologen von Milieus, aber dann meinen sie Lebensmilieus. Ein Herauskommen war früher nicht möglich. Milieus waren ja Gesinnungsgemeinschaften von der Wiege bis zur Bahre. Man hat gemeinsame Werte, gemeinsame Organisationen, Vereine. Diese Wertegemeinschaft ist maßgebend für das ganze Leben. Diese Art von Milieugesellschaft ist dann durch Krieg, Inflation, Ruhrbesetzung und das Aufkommen der Massenmedien immer mehr durcheinandergewirbelt worden. Auch durch die Zuwanderung

ins Ruhrgebiet wurden die Milieus herausgefordert. Sie konnten gar nicht alle integrieren. Zudem veränderte sich der Arbeitsplatz unter Tage schon in den 1920ern durch Rationalisierungen dramatisch. Mit der massenhaften Einführung des hydraulischen Abbauhammers löst der Einzelakkord den Gruppenakkord ab. Dann ist diese alte Milieugesellschaft durch die Zeit des Nationalsozialismus‘ noch weiter zerrieben worden. Die Bergarbeiterschaft 1950 war dann eine ganz andere als die von 1930 oder 1890. Die war nahezu ausgetauscht.

Und dann gründete man eine gemeinsame Gewerkschaft für die Bergbaubranche.

Keiner konnte nach 1945 die Bergleute mehr überzeugen, dass eine eigene christliche oder sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft gegründet werden müsste. Die Not war einfach viel zu groß, dass es nur ein Motto gab: Wir müssen zusammenhalten. Speck wurde dann wichtiger als die Sozialisierung.

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaft, Bergarbeitern und Industrie-Arbeitgebern im Bergbau nach dem Krieg ist ja ein besonderes. Das zieht sich ja bis zum Ende so durch. Welche Rolle spielt die Montan-Mitbestimmung?

Dass sich in der Kohleindustrie etwas ändern musste, das war nach 1945 allen klar. Es gab ja danach heftige Auseinandersetzungen, die IG Metall und die IG Bergbau riefen 1950 zu einer Urabstimmung für Streiks zur Durchsetzung der Montanmitbestimmung auf. Konrad Adenauer wollte aber keinen Großkonflikt. Der Korea-Krieg lief gerade, Kohle und Stahl wurden gebraucht. So kam es zur paritätischen Mitbestimmung. Der Bergbau blieb – anders als der dann verstaatlichte Bergbau der Besatzungsmacht England – privatwirtschaftlich, aber auf der Führungsebene der Unternehmen kam eine ganz starke Beteiligung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften hinzu. Die Montanmitbestimmung war ein Kulturbruch mit vergangenen Zeiten. Das war ein Prozess, der seine Zeit brauchte. In vielerlei Hinsicht: Bei der IG Bergbau war man der Meinung, dass die Kumpel sich bei den gemeinsamen Essen nach den Aufsichtsratssitzungen bei den

Arbeitgebervertretern nicht blamieren sollten: In der Gewerkschaftsschule in Haltern achtete man darauf, dass fein mit Messer und Gabel gegessen wurde.

Dann kam 1958 die Kohlekriese. Die Gewerkschaft war jetzt Herr im Hause, wie ging sie damit um?

Man mobilisierte. 1959 Marsch auf Bonn, mit schwarzen Fahnen. Schweigend marschierten 60.000 Mann durch Bonn, fast wie auf einer Beerdigung. Es gab dann als erstes Feierschichtenausgleich, Kurzarbeitergeld. Anfang der 1960er-Jahre verließen zigtausende Bergleute die Zechen und gingen in andere Branchen, wo sie in der Hochkonjunktur gerne aufgenommen wurden. Das war schon gewaltig. Da gingen so viele von den Bergwerken weg, dass diese nicht mehr genug Leute hatten. Das gleich man über die „Gastarbeiter“ aus, obwohl der Bergbau weiter herunter ging. Nach der Gründung der Ruhrkohle AG 1968/69 waren die Personalbüros auf jedem Bergwerk fast so etwas wie ein Arbeitsamt. Vorruhestand und Arbeitsvermittlung spielten eine ganz große Rolle. Die Zauberformel ab 1969 war „Kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen“, das heißt, betriebsbedingten Kündigungen zum Opfer fallen. Der Sozialplan wurde im Bergbau erfunden als ein Instrument, um Belegschaftsabbau sozialverträglich zu gestalten.

Trotzdem kämpften die Bergleute lange um ihre Jobs.

1997 gingen die Bergleute wieder auf die Straße, in Bonn. Was passierte, war im Grunde ein großer wilder Streik, der sich gegen den Wortbruch der Bundesregierung unter Helmut Kohl richtete. Es war dramatisch. Bonn war faktisch von den Bergleuten besetzt. Die Saarbergleute kamen, wurden abgefangen und ins Müngersdorfer Stadion nach Köln gebracht. Die Bergleute waren bitter enttäuscht, weil es immer hieß, neue Kohlerunde, aber sozial verträgliche Anpassung läuft weiter, und sie fühlten sich vorgeführt. Es drohte sogar die Stürmung des Bundestages.

Danach gab es eine Regelung, die auch dank des Einsatzes der Gewerkschaft IG-BCE verkraftbar war – mit dem sozial verträglichen Auslaufen bis 2018.